

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtesliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 225 & einjährlich 2700 Mark. Wegen Postbezug näheres bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: **Hochheimer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.**

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: **Bleibach a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.**

Anzeigenpreis: für die 8 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum 80 &. Reklamazeile 200 &.

Rotations-Druck und Verlag: **Guido Seibert, Hermann'sche Buchdruckerei, Bleibach.** — Redakteur: **Paul Jorisch in Bleibach a. Rh.** — Filialredaktion in Hochheim: **Jean Lauer.**

Nr. 154

Dienstag, den 28. Dezember 1920.

Postamt
Hochheim (Main) Nr. 419.

14. Jahrgang

Amteslicher Teil.

Nr. 451.

Die Maul- und Klauenseuche ist in hiesigen Gemarkungen zu Freudenstein und Hochheim durch die Beschlüsse der Gesundheitsämter wieder aufgehoben worden. Wiesbaden, den 22. Dezember 1920.
Dr. Bandrat.

Ordnung

für die Erhebung eines Zuschlages zur Grund- und Gewerbesteuer in der Gemeinde Hochheim.

Auf Grund des § 34 des Grundbesitzsteuergesetzes vom 12. September 1919 des preussischen Gesetzes vom 7. Mai 1920 (Gef.-S. 278) und des Beschlusses der Gemeindeversammlung vom 22. Dez. 1920 wird für den Gemeindegemeinschaft Hochheim folgende Steuerordnung erlassen:

§ 1.

Bei den im Grundbesitzsteuergesetz vom 12. September 1919 vorgesehenen Steuerfällen erhebt die Landgemeinde Hochheim einen Zuschlag, der 1/2 (einhalb) vom Hundert des der Berechnung der Grundbesitzsteuer zu Grunde gelegten gemeinen Wertes oder Veräußerungswertes beträgt.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Januar 1921 in Kraft.

Hochheim, den 23. Dezember 1920.

Der Gemeindevorstand.
H. G. Bürgermeister.

Nichtamtlicher Teil.

von Lettow-Vorbeck über den Weltkrieg in Ostafrika.

Im prunkvollen Großen Saale der Kölner Bürgergesellschaft drängte sich kürzlich Kopf an Kopf ein denkbares Auditorium, um den Worten eines Mannes zu lauschen, dessen Name immer genannt werden wird, wenn von den Großen, den Heldengestalten des Weltkrieges die Rede sein wird: General von Lettow-Vorbeck. Der hohe, schlank, oft soldatische Erscheinung am torbeerenmantel Rednerpult, eine schlichte, ungekünstelte, aber durchdringende, nicht selten durch feinsten spontanen Humor gemilderte Redeweise, der feststehende sachliche Inhalt des Vortrages, der eines der glänzendsten und ruhmvollsten Kapitel deutscher Kriegsgeschichte bildet, all diese äußeren und inneren Momente machten den Vortragabend zu einem eindrucksvollen Erlebnis.

von Lettow-Vorbeck begann mit einem Hinweis auf die Auslassungen des Jahres 1914 mit ihrem nationalen Schwung, der damals durch die Geister zog und vor dem alles Kleinliche zurücktreten mußte. In der Art unserer kolonialen Entwicklung sei es begründet gewesen, daß dieser Schwung, diese Größe in Deutsch-Ostafrika zunächst nicht hervorgetreten sei. Angesichts des Wortes von Bismarck, daß das Schicksal der Kolonien auf den Schicksal der Europäer entschieden werde, hätte mancher denken können, daß es sinnlos gewesen wäre, in den Kolonien besondere Anstrengungen zu machen. Die tüchtige deutsche Aufseherbevölkerung, unsere weißen Beamten, überhaupt alle Männer, die der Drang, sich selbständig zu betätigen, hinausgetrieben habe, sei viel zu gesund in ihrem Empfinden gewesen, um bei einem derartigen Standpunkte stehen zu bleiben. Es habe sich im Kriege nicht um das Schicksal der Kolonien allein gehandelt, sondern um das Schicksal des ganzen Vaterlandes, um die Zukunft unseres Volkes. Und da hätten sich die Ostafrikaner bei der Unmöglichkeit, unmittelbar einzugreifen, gefragt: Wie können wir wenigstens mittelbar helfen? Haben wir die Möglichkeit, sozial feindliche Kräfte zu fesseln, daß dadurch der Heimat die schwere Entlastung geschaffen wird? Dieses Ziel habe Klarheit in die Gedanken und Folgerichtigkeit in die Kriegsoptionen gebracht. Es war die Frage, ob die vorhandenen Mittel zur Erreichung dieses Zieles ausreichen würden. Unseren kolonialen Wünschen entsprechend war die Schutztruppe nur gering. Sie hätte nicht die Aufgabe, gegen einen äußeren Feind zu kämpfen; sie diente lediglich dem Zweck, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, Eingeborenenaufstände niederzuschlagen und zur Unterdrückung des Sklavenhandels beizutragen. Auf zahlreichen Stationen verteilt, hatte die Schutztruppe nur eine Stärke von 2400 Mann. Wenn auch im Laufe des Krieges fast die ganze weiße und schwarze Polizei im Heeresdienst verwendet, das brauchbare Siedlermaterial fast reiflos eingesetzt wurde, daneben Eingeborene, so hat doch die Höchstzahl 14 000, nämlich 3000 Europäer und 11 000 Schwarze, nicht überschritten. Auch die Bewaffnung war unzureichend. Das im Gebrauch befindliche Gewehr 1871 mit seinen rauchhaften und schweren Wunden verursachenden Patronen war vorzüglich geeignet, moralisch gegenüber un-

ruhigen Eingeborenen zu wirken; einem modernen bewaffneten Gegner gegenüber war es nur von geringem Werte. Was die Frage nach den wirtschaftlichen Mitteln anbelangt, so hatte der Gegner geglaubt, daß die Blockierung der Küsten genügen würde, um uns zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Im Laufe des Krieges hat jedoch die Kolonie eine Leistungsfähigkeit entwickelt, die alle Erwartungen weit übertrafen hat. Sie hat mit Ausnahme von Waffen und Munition, die die Truppe erbeutet, alles ausgebracht, was zur Durchführung des Krieges erforderlich war. Große Schwierigkeiten verursachten die Wegeverhältnisse. Das Land ist nur sehr dünn besiedelt, so daß man auf vielen Strecken oft keine menschliche Siedlung antrifft. Steppen, Steppen und immer wieder Steppen. Die Siedlungen wachsen oft, und mit ihnen ist das Wegegefälle einem dauernden Wechsel unterworfen. Dementsprechend war das verfügbare Kartenmaterial.

Immer wieder äußerte sich der Redner mit Worten höchster Anerkennung über die schwarzen Soldaten. So sagte er von ihnen u. a.: Es war die Frage, ob die Kolonie einem mit modernen Waffen ausgerüsteten Gegner standhalten würde. Die in Südafrika gemachten Erfahrungen ließen den Versuch nicht ausschließen erscheinen. Die ersten Zusammenstöße haben gezeigt, daß der Asiat nicht nur standhalten konnte, sondern sogar einem numerisch weit überlegenen Gegner gegenüber zu liegen verstand. Er hat eingesehen, daß im Kriege die größten Strapazen ausgehalten werden müssen. Er hat mit uns gekämpft und treu bei uns ausgehalten. Er ist sogar bei uns geblieben, als wir das deutsche Gebiet räumen und die Kriegsführung auf fremden Boden verlegen mußten.

Über die Stärke der feindlichen Truppen ist dem General authentisches nicht bekannt geworden. Englische Offiziere haben ihm privat erzählt, daß feindlicherseits nicht weniger als 300 000 Mann verwendet worden sind, doch nicht weniger als 140 Generale die Führung gehabt haben und daß am Schlusse, als die deutschen Truppen auf 1200 Mann zusammengeschrumpft waren, auf feindlicher Seite immer noch 12 000 Mann auf den Beinen waren. Diese Zahlen zeigen, so sagte der Redner mit Recht, daß auch wir draußen Großes erreicht haben. Kein militärischer Betracht, hat die Schutztruppe das Menschennögliche geleistet, um die Aufgabe zu erfüllen, die sie sich selbst gestellt hatte.

Nach dieser Darstellung der allgemeinen Kampfbedingungen entrollte von Lettow-Vorbeck ein überaus lebendiges Bild vom Gange der einzelnen militärischen Operationen. Aus der überreichen Fülle des Vortrages mögen im Rahmen dieses Berichtes nur einige charakteristische Einzelheiten und Episoden festgehalten werden. Der erste große Schlag, für die deutsche Schutztruppe der erste große gegen eine achtfache Übermacht errungene ruhmvolle Sieg, die entscheidende Schlacht bei Tanga in den ersten Rosenmontagen 1914, war für die Engländer so vernichtend, daß sie allen Ernstes an eine Art Wunder glaubten. In diesem Glauben wurden sie bestärkt durch ein förmliches Vorkommnis. Ein Schuß in einen Wägenkorb hatte die Wägen aufgeschreckt, die ausgerechnet in dem Augenblicke die Engländer heimzusuchen, als der entscheidende deutsche Schlag einfiel. Die Folge des Sieges am Tanga war eine weitere Festigung des Geistes der hundert, auf Vertrauen gegründeter Disziplin und eines gesunden selbständigen Stolzes in der Schutztruppe. Über die Bewährung der Kolonie nach mehrjähriger Kriegsführung äußerte sich von Lettow-Vorbeck: Während sie im Anfang noch außerordentlich primitive Menschen waren, lernten sie im Laufe des Krieges nicht nur Standhaftigkeit und Fähigkeit, sondern sie eigneten sich auch eine verhältnismäßig hochstehende kriegerische Moral an. Bezeichnend hierfür ist folgendes Vorkommnis: Ein südafrikanischer Offizier war nach einem Gefecht schwer verletzt im Busch liegen geblieben. Als sich ihm drei Asiaten näherten, hielt er kein letztes Schandbild für gekommen. Seine Überreaktion war groß, als sie ihre Verbandswunden herausstreckten und ihn reglos liegen ließen. Seinem Erlöszen gab später der Offizier mit den Worten Ausdruck: „Ihre Asiaten sind ja Genossen.“

Wichtig für die Kriegsführung war die Bekämpfung der Malaria. Da aus der Heimat kein Chinin herangebracht werden konnte, mußte versucht werden, selbige in der Kolonie herzustellen. Es gelang schließlich, Chinin in flüssigem Zustande herzustellen, das die fehrschwere Bezeichnung Lettow-Schnaps erhielt. Die vorhandenen Baumwollpflanzungen und die Anlage eigener Gerbereien ermöglichten nach Überwindung großer Schwierigkeiten die notwendige Ergänzung der Bestände an Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen. Der Weg zu der vor dem Kriege nicht üblichen Herstellung wurde erst gefunden werden. In der materiellen Selbsthilfe hat die Truppe wie die Kolonie als Ganzes allmählich eine verlässliche Fähigkeit entwickelt. Nur eins, so erzählte der Redner, konnten wir uns nicht selbst beschaffen: Waffen und Munition, und so ist schon in der ersten Zeit des Krieges jener Geist in der Truppe gezeugt worden, der nach dem Grundgesetz handelt, daß wir in vieler Hinsicht beim Feinde mitleben müssen. Es gab viele, die sagten: Es ist wahres Glück, daß wir die Engländer haben. Am Schlusse des Vortrages hatten wir oft mehr Patrone als am Anfang. Im November 1917 trat in der gesamten Kriegsführung eine außerordentliche Berlebung unserer Lage ein. Durch die dauernde Verengung des Kriegsschauplatzes war die Versorgung so schwer gefährdet, daß sich von Lettow-Vorbeck

schweren Herzens gezwungen sah, von den Europäern 600 Mann auszuscheiden, die zum Teil wegen Krankheit usw. zurückbleiben mußten, desgleichen eine Menge Asiaten. Es blieb ihm eine Streitmacht von 2000 Mann. Die Tatsache, daß diese Kriegsführung ohne Störung durchgeführt wurde, war ein Beweis für den glänzenden Geist der Truppe.

Über das menschliche Verhältnis zu dem Feind sagte der Redner, daß auf beiden Seiten eine gewisse gegenseitige Hochachtung und Ritterlichkeit bestanden habe. So erhielt von Lettow-Vorbeck eines Tages einen Privatbrief von General Smuts, in dem die Verletzung des Baur le merite mitgeteilt wurde und der feindliche Befehlshaber ihm seine Glückwünsche zu der reichlich verdienten Auszeichnung ausdrückte. Gegen Weihnachten 1917 trat nach langer, langer Zeit die erste Nachricht vom europäischen Kriegsschauplatz ein. Die Schutztruppe war in den Besitz einer englischen Zeitung gelangt, die den Sieg der 2. deutschen Armee bei Cambrai berichtete. Rühmliche wurde der Redner von der Kriegsführung auf portugiesischem Boden zu berichten. In Bezug auf die Herstellung des Kartenmaterials entwickelte sich zwischen den Deutschen und den Engländern ein ungewisses Kampfgeschäft in dem gänzlich unbekannten Gebiet. Bald erbeuteten die einen, bald die anderen Karten und machten sich jedesmal die von den anderen gemachten Erfahrungen zunutze.

Mit innerer Bewegung berichtete von Lettow-Vorbeck über das tragische Ende des Krieges. Am 13. November 1918 brachte ein feindlicher Motorfahrzeug die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes mit ihrer Forderung auf bedingungslose Kapitulation, in der folgenden Nacht traf die offizielle Bekanntmachung durch den englischen Oberkommandierenden ein. „Wenn Sie“, sagte der Redner mit verhaltenem Schmerz, berührt, daß wir an den Zusammenbruch nicht zu glauben vermochten, werden Sie begreifen, wie hart uns diese Nachricht getroffen hat.“ In Urkenntnis der Tatsache der Abkündigung des Kaisers telegraphierte von Lettow-Vorbeck am 14. November nach Berlin: „Nachdem ich die Bedingungen erlaube, ich möchte dementsprechend handeln.“ Das militärische Befehlsgewalt legte so auch in dieser schweren Stunde. Die Truppen zeigten volles Verständnis für die Situation. Den schwarzen Soldaten und Trägern wurde vom Redner ein letztes Lob gesprochen: Letztlich trotz glänzender feindlicher Angebote blieben die Asiaten auch in den Konzentrationslagern noch treu zu uns. Es war schön zu sehen, daß auch in dieser Situation unsere „schwarzen Kameraden“ sich darauf waren, deutsche Soldaten zu sein. Fast mehr noch hat mich ergriffen das Verhalten unserer farbigen Träger während des ganzen Krieges. Sie sind das Bestreben in der Truppe gewesen und haben einen überaus mühseligen Dienst geleistet. Wir hatten keine Wärmemittel, sie hat uns zu halten. Trotzdem haben sie treu bis zum bitteren Ende ausgeharrt. Es ist dies das glänzendste Zeugnis dafür, daß hier zwischen Deutschen und Schwarzen ein vorzügliches Verhältnis, eine vorzügliche Kameradschaft bestanden hat.

Der Redner berichtete schließlich vom Abtransport nach Deutschland, an dem nur etwa 100 Soldaten teilnahmen. Erst in Rotterdam wurde den Offizieren klar, was sich in der Heimat abgespielt hatte. Die Rückkehr der kleinen ostafrikanischen Schaar bedeutete für viele den äußeren Anstoß, der sie wieder den Weg zurückfinden ließ zu ihrem eigenen Selbst und wodurch sie wieder nationalen stolze und nationale Würde gelernt haben. von Lettow-Vorbeck schloß mit dem Ausdruck der menschlichen Hoffnung, daß das deutsche Volk wieder den Weg finden werde, der nach aufwärts führt.

Das Publikum dankte für den Vortrag durch lebhafte Handklatschen. Der Vorsitzende der Kolonialgesellschaft, Arnold von Guilleme hatte vor Beginn die Bitte ausgesprochen, von jeder Kundgebung abzusehen, da nur so dem Herrn General ein weiteres Auftreten im besetzten Gebiet möglich sei. von Lettow-Vorbeck schloß sich am Schlusse seines Vortrages dieser Bitte ausdrücklich an. (Hoch. Volkst.)

Zeitungsschau.

Die „Auspowerung“ Deutschlands durch die direkten Steuern.

Die „Alln. Ztg.“ erhält folgende Zuschrift: Die kapitalverwärtende Wirkung der Reichsteuergesetzgebung hat für die WTB. selbst, auch der ehemaligen Staatsminister Gotha auf dem demokratischen Parteitag verurteilt. Wenn er dabei, der erwähnten Mitteilung zufolge, hauptsächlich das in Geschäftsbetrieben längere Kapital im Auge hatte, so wird doch auch das Privatkapital kaum in geringem Maße von den gewaltigen Steueranforderungen betroffen, weil durch die Abgeltung des Sparens für die weiten Kreise der Festangehörten z. B. befreit wird. Denn diese für den Staat und die Kultur so wichtigen Schichten des Volkes werden durch die Einkommensteuer allein der Verarmung ausgesetzt, weil die Steuerlast unerschwinglich hoch ist, sowohl an sich als unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, auf deren Befahrung keine Rücksicht besteht. Wenn heute irgend jemand selbst 40 000 Mark verdient, so muß er auch als Haupt einer fünfköpfigen Familie, deren Feuerheerd 3000 Mark beträgt, fast den

vierten Teil (nämlich 8865 Mark) an Einkommensteuer zahlen, so daß ihm zum Lebensunterhalt nur 31 135 Mark übrig bleiben, was eine unter der heutigen Leistung für eine den gebildeten Ständen angehörige Familie völlig unzureichende Summe ist. Heizung, Beleuchtung, Kleidung, Ernährung, Gesundheitspflege, Dienstboten kosten nämlich ein Höchstes desjenigen, was noch im ersten Halbjahr 1919, wo die Erbvergrößerung Finanzpläne geboren wurden, dafür aufgewandt werden mußte. Wenn damals noch eine Lebenshaltung mit einem Einkommen von 20 000 Mark für den höheren Beamten möglich war, so ist sie mit einem Einkommen von dem Doppelten dieses Betrages schon infolge der Einkommensteuerlast von rund 9000 Mark vielfach nicht mehr möglich, es sei denn auf Kosten der Ernährung und notwendiger Kleidung. Ein Dienstmädchen zu unterhalten kostet heute 2500 bis 3000 M., ein Knecht 2000—3000 Mark, ein halbes Dutzend Handen 1000—2000 Mark, ein Paar Stiefel 600 Mark, ein Hut 150—200 Mark usw. Auch die Mieten sind nicht unerheblich gestiegen und steigen infolge der ständig erhöhten Neigungsbaukosten weiter und werden namentlich infolge der bevorstehenden Preissteuern noch ganz bedeutend steigen. Auch die Kosten für Beleuchtung und Heizung sind ungeheuer in die Höhe gegangen. Selbst nach mäßiger Veranschlagung vom Reichsstatistikpräsidenten (Havenstein) ist die Lebenshaltung zurzeit fünfmal so teuer, wie vor dem Kriege. Dieser Leistung entsprechend mußte jemand, der 1913 oder 1914 ein Einkommen von 10 000 Mark hatte, jetzt 50 000 M. haben, um den notwendigen Lebensbedarf bestreiten zu können, wobei er dann immer noch einen auch verhältnismäßig größeren Teil seines Einkommens als damals zur Steuerzahlung verwenden mußte, nämlich 12 340 Mark, d. h. fast das Vierfache eines früheren durchschnittlichen Staats- und Gemeindesteuerbetrages für 10 000 Mark Einkommen. Der preussische Einkommensteuerbeitrag beträgt nämlich für mittlere Einkommen 3 v. H. — ohne den späteren Kriegszuschlag —, also von 10 000 Mark 300 Mark, wozu dann, je nach dem Stande des Gemeindehaushalts, 100 bis 300 v. H. Gemeindesteuer kommen, also 600 bis 1200 Mark oder durchschnittlich 900 Mark an Gemeindesteuer. Nach dem Reichseinkommensteuergesetz, das für das Steuerjahr 1920 bereits gilt, hat das Haupt einer fünfköpfigen Familie zu zahlen: von 10 000 Mark Einkommen 830 Mark, von 15 000 Mark Einkommen 1755 M., von 20 000 Mark Einkommen 2925 Mark. Zu den Einkommensteuerverpflichtigten Einkommenbeiträgen bis zu 15 000 Mark und darüber gehören jetzt, abgesehen von den Handwerkern, auch die meisten Arbeiter, deren Einkommen sich um viel mehr als um das Fünffache vermehrt hat, und Dienstboten. Hiernach kann man sich leicht vorstellen, wie kapitalverwärtend für den Haushalt, auch der mittleren und unteren Stände, also für den unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter, da der Geldwert des Einkommens nach milderer Berechnung nur ein Fünftel des früheren beträgt, die hohe Reichseinkommensteuer ist. Sie wird und muß die Sparfähigkeit und Sparfähigkeit der weitesten Volkskreise gewaltig verringern, ja vielfach beseitigen. Und das ergibt einen ungeheuren Ausfall in der Kapitalbildung. Zudem hat das auf diese Weise erzielte oder zu erzielende hohe Ergebnis der Einkommensteuer dem Reich, den Staaten und den Gemeinden doch nicht aus ihrer Geldnot heraus. Die Kosten der Bekämpfung allein dürften sich höher stellen, als die Einkommensteuereinkünfte zu ihrem Voranschlag nach sind. Der riesige Fehlbetrag des Reichs- und Staatshaushalts kann durch alle Steuereinkünfte nicht gedeckt werden, solange die Leistung u. die Geldwertverwertung bestehen, auf deren erhebliche Verminderung oder gar Beseitigung leider keine Aussicht vorhanden ist.

Tages-Rundschau.

Dank für menschenfreundliche Hilfe.

Reichspräsident Ebert richtete an den Reichstagspräsidenten folgende Schreiben:

Berlin, 23. Dezember 1920.

Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten unseres Volkes herrschenden Not durch Werke der Nächstenliebe zu steuern. An erster Stelle stehen in dieser Beziehung unsere Nachbarländer Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die warmherzige, humanistische Aufnahme, die den Kindern unseres Volkes seit Jahren in diesen Ländern monatelang bereitet wird, bezeugt den tiefen Mitleid, den den heranwachsenden Generationen in geistiger wie körperlicher Beziehung durch den Krieg und seine Nebenwirkungen ausgeübt wurde und verleiht damit ein Ziel, das über die Not des Tages hinausgeht und uns Deutschen ganz besonders am Herzen liegen muß. Gleichen Zwecken dient die Hilfsbereitschaft der Quäker. Ihren Spenden der Schuljugend haben sie gleiche Fürsorge für bedürftige Erwachsene folgen lassen. Auch andere Kreise der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten entboten weitgehende Hilfsbereitschaft in der Form von Liebesgaben und Geldüberweisungen. Tatkräftige, von warmer Sympathie getragene Hilfe kam auch von den Staaten Südamerikas. So hat nun jüngst ein Komitee amerikanischer Damen der Gattin unseres Außenministers 150 000 Mark für unsere Kriegswaisen zur Verfügung gestellt. Das Gefühl der Dankbarkeit für all diese menschenfreundliche Hilfe wird im deutschen Volke, das schwer um sein Dasein ringt, nicht erlöschen. Ich möchte das Weihnachtsfest nicht vorübergehen lassen, ohne diesem Gefühl weiterhin Ausdruck zu geben, und ich

blie Sie, Herr Reichsfänger, allen beteiligten Stellen den warmen lebendigen Dank des deutschen Volkes zu übermitteln. (Gef. L. 100.)

Der Reichsfänger hat veranlaßt, daß den beteiligten Stellen des Auslandes und den inländischen Hauptstellen des auswärtigen Hilfswortes der in diesem Schreiben ausgedrückte Weihnachtsdank des deutschen Volkes übermittelt wird.

Neuerungen des Reichspräsidenten.

Die Schriftleitung der „Frankfurter Wochzt.“, des Organs der Frankfurter Internationalen Wochzt., hat sich an eine größere Zahl von Neuerungen gemeldet. Parlamentarier usw. mit der Bitte gewandt, ihr mitzuteilen, was sie von dem deutschen Wochzt. leben im nächsten Jahre erhoffen. Aus der Bitte der eingegangenen Antworten geben wir die des Reichspräsidenten wieder, der u. a. schreibt:

„Was wir erhoffen oder zu erhoffen wagen können, läßt sich nicht in zwei Worten sagen. Man kann alles erhoffen und muß alles erhoffen. Wir brauchen vor allen Dingen Optimismus der Tat und des Willens; wären wir nicht optimistisch, so blüht uns nichts anderes übrig, als auf den vollkommenen Zusammenbruch zu warten. Die Gefährdung unserer Wirtschaft und mit ihr das Erloschen jedes Einflusses sind unsere größte Hoffnung. Es wäre falsch, die Fortschritte der hinter uns liegenden Jahre zu verkennen. Wir haben allerdings Bedenken, daß der Krieg uns nicht zu einem Augenblicke der Ruhe und der Ruhe zu führen wird. Wir müssen auch mit unseren Hoffnungen bescheiden sein. Für unsere ganze zukünftige Entwicklung steht uns ein Faktor, ohne dessen Kenntnis der Erfolg unserer Arbeit auch nicht annähernd abzuschätzen ist, die Höhe unserer Verpflichtungen gegenüber der Entente. Wir werden in diesem Jahre auch hier klarer sehen können, wenn es uns gelingt, über diesen Winter, den schicksalhaften, den wir uns denken können, hinwegzukommen. Dann kann Deutschland mit dem Ernst und dem Arbeitswillen, den es trag allein bewiesen hat, an seine große friedliche Aufgabe herangehen, ein Verdienst zu sein, dessen geistige und wirtschaftliche Erzeugnisse in der ganzen Welt ihre alte Geltung wieder gewinnen werden.“

Ein Wort über Oberschlesien.

Von Prof. Dr. v. Schütz-Governitz.

Seit 752 Jahren gehört dieses Land zum Deutschen Reich und seit 100 Jahren zu Preußen. Bisher ist Oberschlesien als deutsches Gebiet anzusehen. 1910 fanden 1.189.000 Polen 883.000 Deutschen gegenüber. Die ersten sprechen aber einen Dialekt, welcher den eigentlichen Polnisch überhaupt nicht ähnlich ist. Bei den Reichstagswahlen auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts erhielten die deutschen Kandidaten stets, auch noch in letzter Zeit, die weit überwiegende Mehrheit der Stimmen. Nachdem die deutsche Republik völlige Sprachfreiheit für die Schulen eingeführt hat, haben die Eltern von 78 Prozent der Schulkinder sich für die deutsche Sprache entschieden. Wirtschaftlich ist Oberschlesien als die wichtigste Kohlenstoffkammer des ganzen östlichen Deutschlands für die Volkswirtschaft und Rohstoffindustrie unentbehrlich. In Oberschlesien liegen mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Steinkohlevorräte, welche für eine praktisch unbegrenzte Zukunft ausreichen. Die ober-schlesische Industrie ist eine der wichtigsten deutschen Industriezweige. Im letzten Jahre lieferte sie die Hälfte der gesamten deutschen Kohlenproduktion. Die polnische Industrie ist eine der wichtigsten deutschen Industriezweige. Im letzten Jahre lieferte sie die Hälfte der gesamten deutschen Kohlenproduktion. Die polnische Industrie ist eine der wichtigsten deutschen Industriezweige. Im letzten Jahre lieferte sie die Hälfte der gesamten deutschen Kohlenproduktion.

Durch den Verlust Oberschlesiens empfangt Deutschland eine nie heilende Wunde, welche eines der wichtigsten Glieder seines Wirtschaftslebens abschneidet — eine Wunde, welche den Frieden Europas dauernd gefährden würde.

Berlin. Der Gesamtverband Deutscher Beamten- und Gewerkschaften hat sich an den Völkern der Forderungen der vereinigten Gewerkschaften gestellt. Der Gesamtverband hatte in seinen früheren Beschlüssen keine weitere Haltung von den Entscheidungen des Reichstages abhängig gemacht. Nachdem der Reichstag die Forderungen des Gesamtverbandes in wesentlichen Punkten nicht erfüllt hat, sieht sich der Gesamtverband veranlaßt, erneut mit seinen Wünschen an die Regierung und das Parlament heranzutreten.

Frankreich.

Paris. (Kammer.) Der Berichterstatter des Kammerausschusses für Heranziehung der Oberen, sagte nach der Rede Belcoris, daß die neuen Wahlen bei Frankreich gegenüber Deutschland gefällig. Die deutsche Beteiligung an den Wahlen ist nicht mehr als 100.000 Stimmen. Die Wahlen sind nicht mehr als 100.000 Stimmen. Die Wahlen sind nicht mehr als 100.000 Stimmen.

Paris, 24. Dezember. In der heutigen Kammer Sitzung erklärte Kriegsminister Raiberti, er glaube im Gegensatz zu seinem Vorgänger Belcoris, daß der Augenblick gekommen sei,

die militärischen Risiken herabzumindern, schiedbar durch die nationale Verteidigung zu machen. Belcoris hatte sein System auf militärische Bedingungen, die von dem Krieges veranlaßt gewesen seien, beruht. Gegenüber Belcoris, der gegen den Friedensvertrag von Versailles gestimmt habe, weil er ihn für ausreichend halte, sei er der Ansicht, daß der Vertrag, wenn er durchgeführt und strikt angewendet werde, mit der Bevölkerung durch das Abkommen von Spa vollständig genüge, um dem Land die Befriedigung zu geben, die es erwarte. Der Kriegsminister verließ sodann einen Brief, den er an Marshall-Bell gerichtet hat, um ihn zu ermahnen, General Rollet Befehle zu erteilen, damit alle Richtungsänderungen am Friedensvertrag, die festgelegt seien, durch Zwangsmaßnahmen beantwortet würden, und jeder Verstoß, der in seiner Hinsicht bestünde, unterzucht werde. Marshall-Bell, Marshall-Bell und die Mitglieder des obersten Kriegsrates hörten dafür, daß die neue militärische Organisation nicht die nationale Sicherheit in Frage stellen könnte. General Raiberti hat sich bei diesen Worten und rief in den Saal, die Frage von 100.000 Mann Soldaten mehr oder weniger werde Deutschland nicht in Schach halten. Deutschland habe 1914 die Bevölkerung durch Bombardement zu terrorisieren versucht. Heute habe Frankreich in Deutschland nicht und nicht Deutschland in Frankreich zu terrorisieren versucht. Heute habe Frankreich in Deutschland nicht und nicht Deutschland in Frankreich zu terrorisieren versucht. Heute habe Frankreich in Deutschland nicht und nicht Deutschland in Frankreich zu terrorisieren versucht.

England.

London. Die Thronrede, mit der König Georg das englische Parlament schloß, lautet nach dem „Daily Mail“ in ihren wichtigsten Stellen: Die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten waren seitens der Regierung sehr freundschaftlich, und während des letzten Jahres ist die auswärtige Politik in enger Gemeinschaft mit den Verbündeten geführt worden. Auch mit den ehemaligen Feinden sind in befriedigender Weise gewisse Angelegenheiten geregelt worden, was zu einer allgemeinen Entspannung der durch den Krieg aufgeworfenen Bedenken geführt hat. Die Lage in Griechenland erfordert die ganze Aufmerksamkeit der Regierung, die in Verbindung mit den Alliierten sich bemühen wird, zu einer annehmbaren Lösung zu gelangen. Auch in Asien ist die Lage noch nicht sicher. Auch habe ich Vertrauen, daß durch die demnächstige Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Japan eine Beilegung des Streits zwischen dem Interesse der Völker der Ägypten, des Ostens und des Westens herbeigeführt werden wird. Die Regierung wird sich bemühen, die Beziehungen zwischen den Völkern der Ägypten, des Ostens und des Westens herbeigeführt werden wird. Die Regierung wird sich bemühen, die Beziehungen zwischen den Völkern der Ägypten, des Ostens und des Westens herbeigeführt werden wird.

Der österreichische Bundespräsident über die Anschließfrage.

Wien. Bundespräsident Hainisch erklärte in einer Unterredung bezüglich der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland, die Deutschen Österreichs lägen in ihrem großen Widerstand den natürlichen Feind und Völkern. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Gründen, die ein engeres Zusammenarbeiten der beiden Staaten als wünschenswert erscheinen lassen, müßte auch auf die kulturellen Zusammenhänge zwischen beiden Völkern Rücksicht genommen werden. Das 20. Jahrhundert der Lösung der deutschen Frage bringen werde, und offensichtlich werde es nicht ohne langer Jahre dauern, bis sich das unüberwindliche Naturgesetz gegenüber den künstlichen Beschränkungen durchgesetzt haben werde. Ein Kabinett wird sich heute mit den Schritten der Regierung wegen Befestigung des Anschlußvertrages befassen.

Die Brüsseler Konferenz.

Brüssel. Eine hervorragende Persönlichkeit, die an den Hauptarbeiten der Sachverständigenkonferenz in Brüssel teilgenommen hat, erklärte einem Mitarbeiter des „Rein-Paris“, es sei nicht angebracht, die bisherigen Ergebnisse der Konferenz festlich aufzunehmen. Im Gegenteil, die Lösung des Wiedergutmachungsproblems stehe vor einer besiedelnden Lösung. Die Haltung der deutschen Vertreter sei korrekt gewesen, sie hätten wohl eingesehen, daß der Zeitpunkt für Wiedergutmachung vorbei sei. Es sei höher, daß sie nach weiteren Vergünstigungen verlangen würden, oder die Notwendigkeit, greifbare Leistungen zu zeigen, leuchtete ihnen ein. Ihre Verträge, die Frage einer Prüfung des Friedensvertrages von Versailles aufzuheben, seien auf den Widerspruch der Verbündeten gestoßen, die eine geschlossene Front bilden. Diese Unmöglichkeit unter den Verbündeten habe ihren Eindruck auf die Deutschen nicht verfehlt. Durch die Wahl in der Brüsseler Konferenz wollten die Verbündeten die deutsche Haltung gegenüber den Verbündeten prüfen, sich zu überzeugen und sich mit ihrer Regierung zu verständigen. Auf diese Weise müßten also die deutschen Vertreter bei der Wiedergutmachung der Verhandlungen im Namen des Reiches sprechen und abhelfen können ohne jeden Hintergedanken. Aus diesen Gründen werde man wohl nicht Wahrscheinlichkeit noch um den 11. oder 12. Januar herum legen können. Die Deutschen werden die Wiedergutmachung der Verhandlungen in die Tat umsetzen müssen.

Eine Gesellschaft der Nationen.

Chicago. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Marion in Ohio sagte der neugewählte Bürgermeister Harding, er hoffe in erster Linie auf die Zustimmung Englands, Frankreichs, Japans und Italiens zu einem Plan einer Gesellschaft der Nationen. Harding sagte ferner, er glaube, daß sorgfältig Bedacht darauf genommen werden müsse, die Möglichkeit eines Offensiv- oder Defensiv-Bündnisses unter diesen fünf Großmächten auszuschalten.

Kleine Mitteilungen.

Freiburg. Reichsfänger Fehrenbach und Reichsfänger Wirth waren hier eingetroffen, um in ihrer Heimat Freiburg das Weihnachtsfest zu feiern.

My Saarbrücken. Nach hiesigen Blättermeldungen hat die Saarregierung mit der holländischen Regierung ein Abkommen getroffen, nach dem täglich zwanzigtausend Liter frische Milch in das Saargebiet eingeführt werden sollen.

Das Befinden der ehemaligen Kaiserin. Wenn bei der Art der Krankheit die Kaiserin sich noch einmal erholen kann, so rechnet man in Doorn doch jeden Tag mit dem Ableben der Kaiserin. Die Abnahme der Körperkräfte ist an den letzten Nachrichten von den Ärzten richtig eingeschätzt worden. Die Kaiserin wird wohl nicht mehr erholen. Die Kaiserin wird wohl nicht mehr erholen.

1000 Millionen Defizit der Sowjetregierung. Der „Telegraph“ erwähnt einer russischen Handelszeitung, daß die russischen Ausgaben für das laufende Geschäftsjahr 1150 Millionen und die Einnahmen 150 Millionen über den Schatzkassen hinaus betrugen. Das Defizit beläuft sich also auf 1000 Millionen Rubel.

Paris. Die Zusammenkunft aller Ministerpräsidenten ist bis auf weiteres aufgeschoben.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Hochheimer Lokal-Nachrichten.

Vorüber ist Weihnachten, verfliehet die Klänge der alten Weihnachtslieder, verglommen der Glanz der Kerzen. Es waren grüne Weihnachten. Als Mitte des Monats die Kälte erneut eingesetzt hatte und die Schneeflocken fielen, da malte man sich schon im Geiste ein Weihnachtsfest mit tiefverschneiter Natur, mit Schnee- und Eisbahn, aus, so wie wir uns richtige Weihnachten nun mal vorstellen. Es kam anders. Der Tag des Christenabends verregnete sogar gründlich, wodurch allerdings mancher für diesen Tag noch geplante Weihnachtseinkauf unterbleiben ist. Der abendliche Regen hat die Weihnachtsfeierlichkeiten in der Stadt aus den Fenstern strahlenden Kerzen nicht weit bringen. Als am ersten Feiertag vormittags die Sonne frühlingsschön leuchtete, da mußte man sich befinden, ob wirklich Weihnachten war. Der Nebel brühte im Nebel, die beiden Tagen seinen Stempel auf. Die während der Feiertage herrschende milde Temperatur wurde sicherlich von vielen Familien, in denen neben sonstiger Not auch noch Kohlenknappheit herrschte, freudig empfunden. Die kirchlichen Feiern waren an beiden Tagen volle Gotteshäuser. Durch die von vielen Vereinen veranstalteten Weihnachtseisenverkäufe wurde vielen Kindern bedürftiger Familien eine Weihnachtsgabe bereitet. Lange hatten wir uns, und besonders die Jugend, auf das Fest gefreut. In langen Wochen war in aller Heimlichkeit an den Stid, Hefel, Nöh, Papp und Holzwaren fleißig gewirkt. Im Haushalt großer Festputz gehalten worden und viel Arbeit hatte der Hausfrau die Sorge für ein Festtagessen, wie auch für den Weihnachtstisch, und sei er noch so klein, bereitet. Und nun sind die Feiertage so schnell entwichen. Aber sie sollen noch nachwirken; im Herzen wollen wir den Wiedersehen des Lichterglänzes mit hinausnehmen in die werktätige Arbeit und uns die Weihnachtserwartungen und die herben trauten Melodien einfließen lassen in den Alltag mit seinen kleinen und großen Sorgen.

Der Gerichtshof. Dieser vom Landrat aus wurde zum Regierungsschreiber ernannt und endgültig in die allgemeine Staatsverwaltung übernommen.

My Reichsanwalt und Reichsstaatsanwalt. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Die Zahl der bei der Reichsstaatsanwaltschaft eingehenden Anträge auf Übertragung von Schuldhaftbefehlen auf das Konto Reichsanwalt für Reichsanwalt nahmen von Tag zu Tag einen größeren Umfang an. Eine sofortige Erledigung dieser Anträge ist unmöglich. Die Antragsteller werden vielmehr noch länger warten müssen, bis sie die für die Finanzkasse bestimmte Bescheinigung erhalten. Auch Befragungen über den Eingang der Anträge können nur erteilt werden, wenn den Antragern Briefmarken oder Postkarte beigelegt sind, die mit Reichsmark und der vollständigen Adresse des Antragstellers versehen sind. Es empfiehlt sich, die Anträge eingeschrieben einzufenden.

In der nächsten Zeit werden neue Reichsbanknoten zu 100, 50 und 10 Mark ausgegeben. Die Ausgabe der 100-Mark-Noten zu 50 Mark war bereits für das Jahr 1918 geplant und vorbereitet, konnte jedoch wegen der Kriegsverhältnisse nicht bewirkt werden. Die Notwendigkeit, im Interesse der Sicherung des Papiergeldumlaufes, die Ausgabe einer 100-Mark-Note herbeizuführen, führte dazu, die Note mit durch die Zeitverhältnisse bedingten Änderungen, namentlich zur Ausgabe zu bringen. Die Entwürfe zu den Banknoten zu 100 und 10 Mark sind neueren Datums. Eine neue Banknote zu 100 Mark ist auf weisem

Papier mit natürlichem Wasserzeichen und Silberfäden von kupferbrauner Farbe im Abstand hergestellt und 7,8 auf 16,2 Zentimeter groß. Die Note von 50 Mark hat eine Größe von 10 auf 15 Zentimeter. Das Papier, auf welche die Note gedruckt ist, enthält ein natürliches Wasserzeichen, welches die Zahl 50 in verschiedenen Stellungen zeigt. Die Note zu 10 Mark ist 8,4 auf 12,6 Zentimeter groß und auf Wasserzeichenpapier mit kupferbrauner Farbe gedruckt. Das Wasserzeichen zeigt sich aus Querschnitt und Sechsen zusammen, in letzten tritt die Zahl in Wechselstellungen auf.

Verjährung von Ansprüchen des täglichen Lebens. Durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 22. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 543) wurde angeordnet, daß die in den §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Ansprüche, die damals noch nicht verjährt waren, nicht vor dem Ablauf des Jahres 1915 verjähren. Die Verjährungsfristen für diese Ansprüche sind im Laufe des Krieges wiederholt verlängert und zuletzt durch die Verordnung vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzblatt S. 1918) bis zum 31. Dezember 1920 hinausgeschoben worden. Eine weitere Ausdehnung dieser Verjährungsfristen ist nicht zu erwarten. Soweit deshalb nicht etwa im Laufe des Jahres 1920 eine Hemmung der Verjährung (§ 202 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) eingetreten sein sollte, läuft die Verjährung mit dem 31. Dezember 1920 ab. Dies gilt für die Ansprüche des täglichen Lebens mit Jahr Verjährungsfrist (§ 196 Burg. Gesetzbuch), insbesondere also Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker aus Lieferungen an Privats, Ansprüche der Frachtfuhrleute, Schiffer, Gastwirte usw., der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare wegen ihrer Gebühren und Auslagen) aus den Jahren 1912 bis 1918, sowie für solche Ansprüche mit vierjähriger Verjährungsfrist (§ 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), namentlich also Ansprüche aus Warenlieferungen für den Genußbetrieb des Schuldners, Ansprüche auf Unterhaltsbeiträge, rückständige Miet- und Pachtzinsen usw.) aus den Jahren 1910 bis 1916. Wer sich gegen die Einrede der Verjährung schützen will, muß dies bald bis zum 31. Dezember 1920 für die Unterbrechung der Verjährung sorgen (§§ 209 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Die für Kriegsverhältnisse und deren Gläubiger im § 8 des Kriegsgesetzes vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 328) angeordnete Hemmung der Verjährung wird hierdurch nicht berührt. Diese Vorschrift gilt auch über den 31. Dezember 1920 hinaus. Das vom Reichstag am 18. Dezember 1920 für die Unterbrechung der Verjährung sorgen (§§ 209 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs) über die Verlängerung von Verjährungsfristen bezieht sich ausschließlich auf Ansprüche des Seeverkehrsrechts und hat mit der Verjährung von Ansprüchen des täglichen Lebens im Sinne der §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichts zu tun.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung über Verein und Unterrichtsstellen erlassen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die Rheinlandkommission kann jeden Verein, dessen Zweck oder Tätigkeit nach ihrer Ansicht die Sicherheit der Besatzungsarmee gefährdet, auflösen. Die Delegierten der Rheinlandkommission können die Mitteilung der Summen aller Vereine fordern, die ihre Tätigkeit in dem betr. Bezirk oder Kreis ausüben. Es ist allen Vereinen (ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder), sowie allen Unterrichtsstellen verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen, ihre Mitglieder bzw. Schüler im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder mit dem Kriegsmaterial, mit der Waffe oder mit irgend einer Militärbehörde in Verbindung zu stehen. Vereine, die dagegen verstoßen, können ebenfalls aufgelöst werden. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung, namentlich Teilnahme an einer militärischen Übung oder Teilnahme an der Verlesung eines aufgelösten Vereins, werden mit Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung Nr. 66 über die Strafbarekeit des Verfalls und der Teilnahme bei strafbaren Handlungen gegen die Besatzung erlassen, die am 1. Januar 1921 in Kraft tritt und im Wesentlichen folgenden Wortlaut hat: Wer überführt wird, die Begehung einer Zuwiderhandlung gegen eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission oder gegen einen auf Grund einer Verordnung erteilten Befehl verweigert oder einen anderen dazu angehalten oder anzuhelfen verweigert, oder zu einer solchen Zuwiderhandlung Hilfe geleistet, ist unterstellt oder begünstigt, oder eine Vorbereitungsbehandlung zu der Zuwiderhandlung begangen zu haben, verurteilt, dieselbe Strafe, als wenn er die Zuwiderhandlung selbst begangen hätte.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat für den Bereich der besetzten rheinischen Gebiete verboten: 1. Die Einfuhr der Zeitung „Der Tag des Gerichts“, aus dem Verlag von Karl August Töner in Raumburg (Saale).

Zur Vorbereitung einer im Falle der Erklärung des Besatzungszustandes erforderlichen Rheinlandkommission durch Verordnung 64 vom 16. 12. 1920 eine Bestandsaufnahme und Gruppeneinteilung angeordnet, die sich auf folgende Gegenstände erstreckt: Transportmittel (Pferde, Wagen, Fahrräder, Automobile usw.), ferner auch alle Material dieser Art, das für militärische Zwecke geeignet ist, auf Fabriken, öffentlichen oder privaten Unternehmungen, die zur Herstellung oder Ausbesserung des militä-

